

ISOR aktuell

Informationsblatt der Initiativegemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR e.V.

Nummer 11/94 * Infopreis 0,00 DM! * Gegen Spenden kein Einspruch * November 1994

Unser Programm

Am 5. 11. 1994 fand in Berlin eine außerordentliche Vertreterversammlung der ISOR e. V. statt, um, wie bereits in „ISOR aktuell“ 9/94 gemeldet, Lösungsvorschläge zu erörtern und zu beschließen. Die Vertreterversammlung beschloß im Namen der nunmehr über 20.250 Mitglieder eine Willenserklärung, die u. a. den Fraktionen und Gruppen des Bundestages und der Länderparlamente, den Bundesministern für Arbeit und Sozialordnung, der Verteidigung, des Innern und der Finanzen, den Ministerpräsidenten

Ein neuer Abschnitt

Die zweite außerordentliche Vertreterversammlung markiert den Eintritt in einen neuen Abschnitt unseres Kampfes. Bisher haben wir vor allem mit juristischen Mitteln um unsere Rente gekämpft und um politische Akzeptanz für unsere Ziele gerungen. Das wird unvermindert fortgesetzt.

Das Neue besteht darin, daß wir nunmehr über sachlich fundierte Vorschläge verfügen, über die wir mit den Mächtigen dieses Landes in einen direkten Dialog eintreten können. Unser Verein hat es durch die unermüdete Arbeit seiner Mitglieder, durch seine juristische Arbeit geschafft, daß er wahr- und ernstgenommen wird. Das gibt uns neue Ansatzpunkte.

Aber leichter wird es nicht. Die Versuche, zwischen den einzelnen Gruppen unserer Mitglieder zu differenzieren, werden nicht aufhören, insbesondere nicht auf der politischen Ebene. Zusammenstehen bleibt unser oberstes Gebot. Die Solidarität festigen, „um die uns manche beneiden“, wie Astiid Karger auf der Öffentlichkeitsberatung von ISOR sagte, bleibt die Voraussetzung für unseren Erfolg. Noch ist nichts entschieden, aber wir kommen voran. Die Redaktion

der Länder, dem Regierenden Bürgermeister von Berlin und den Bürgermeistern von Hamburg und Bremen wird. Die Vertreterversammlung ermächtigte den Vorstand, sachkundige Vertreter zu Konsultationen im Zuge der Vorbereitung einer Gesetzesänderung zu entsenden.

In der Willenserklärung wird festgestellt, daß der Einigungsvertrag „Maßgaben zur Herstellung von Gleichheit im Rentenrecht vorgegeben hat“, von denen der Gesetzgeber „grundsätzlich abgewichen“ ist, indem er die Angehörigen der Sondersversorgungssysteme sowie bestimmter Zusatzversorgungssysteme bzw. deren Hinterbliebene berufsspezifischen Bemessungsgrenzen aussetzt, soweit ihr Arbeitsentgelt das 1,4fache bzw. das 0,7fache des Durchschnittsverdienstes Arbeitsentgelts übersteigt.

Die Willenserklärung stellt fest, daß sich die Mitglieder von ISOR e. V. durch die Abweichung des Gesetzgebers von den Maßgaben des Einigungsvertrages in ihren Grundrechten nach Artikel 3 und 14 GG jeweils in Verbindung mit dem Rechts- und Sozialstaatsgebot verletzt sehen.

„Die Mitglieder von ISOR e. V. stimmen mit der schon im Vorfeld der Bundestagswahlen von allen Parteien geäußerten Auffassung überein, daß strafrechtsähnliche Sanktionen dem Rentenrecht fremd sind und aus diesem entfernt werden müssen.“

Sie sind von der Verfassungswidrigkeit der entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen überzeugt und streben eine Revision der für verfehlt erachteten Regelungen an. Namhafte deutsche Verfassungsrechtler stimmen mit dieser Position überein.

Die Willenserklärung unterstreicht, daß die von den bisherigen Bestimmungen des RÜG/RÜG-ErgG Betroffenen den

sozialen Frieden in Deutschland ebenso wünschen, „wie sie dem friedlichen Verlauf der Wende in der DDR und der Herstellung der Einheit Deutschlands gefolgt sind“.

Sachverständige der ISOR e. V. haben aus umfangreichen statistischen Untersuchungen (darunter der Auswertung von mehr als 1.100 Entgeltbescheiden) den Schluß gezogen, daß unter Berücksichtigung der Qualifikationsstruktur der Angehörigen der Bereiche des MfNV, des Mdl und der Zollverwaltung das für entsprechende Leistungen erzielbare Arbeitsentgelt nicht wesentlich von dem für vergleichbare zivile Arbeitstätigkeiten erzielten abweicht.

Unter den gleichen Prämissen kann eine Abweichung der durchschnittlich im MfS/AfNS erzielten Arbeitsentgelte zugunsten der Angehörigen dieses Sondersversorgungssystems festgestellt werden, die eine Angleichung an allgemeine Einkommensverhältnisse unter Beachtung der Qualifikationsstruktur rechtfertigt.

Weiter heißt es u. a. in der Willenserklärung:

„Wir erwarten von Regierung und Gesetzgeber:

- Eine umgehende rückwirkende Änderung des RÜG/RÜG-ErgG in Übereinstimmung mit den Maßgaben des Einigungsvertrages und unter Verzicht auf jegliche Eingriffe in Ansprüche und Anwartschaften allein wegen der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Zusatz- oder Sondersversorgungssystem oder wegen der Ausübung einer bestimmten Funktion im staatlichen und gesellschaftlichen System der DDR, um die dadurch bedingten sozialen Ausgrenzungen konsequent zu überwinden.

- Die Anerkennung der Bemessungsgrenze der gesetzlichen Rentenversicherung als einzige Begrenzung des der Berechnung von Rentenleistungen zugrundezulegenden Arbeitsentgelts, nachdem dieses ggf. den in vergleichbaren Positionen allgemein erreichbaren Arbeitsentgelt angepaßt wurde.

In diesem Rahmen

die Anerkennung des während der Zugehörigkeit zu den Sonderversorgungssystemen des Ministeriums für Nationale Verteidigung, des Ministeriums des Innern sowie der Zollverwaltung der DDR tatsächlich erzielten Arbeitsentgeltes als Bemessungsgrundlage für die Bestimmung von Ansprüchen und Anwartschaften in der Rentenversicherung sowie

die Anerkennung des während der Zugehörigkeit zum Sonderversorgungssystem des Ministeriums für Staatssicherheit/Amtes für Nationale Sicherheit der DDR erzielten, den allgemeinen Einkommensverhältnissen sachgerecht angeglichenen Arbeitsentgeltes als Bemessungsgrundlage für die Bestimmung von Ansprüchen und Anwartschaften in der Rentenversicherung.

- Anhebung der Begrenzung des vorläufigen Zahlbetrags der Renten aus dem Sonderversorgungssystem des Ministeriums für Staatssicherheit/Amtes für Nationale Sicherheit der DDR auf den im Juli 1990 geltenden

Zahlbetrag und dessen Dynamisierung mindestens vom 01.01.1995 an.

- Dynamisierung des vorläufigen Zahlbetrages der Renten aus den Sonderversorgungssystemen der Bereiche des Ministeriums für Nationale Verteidigung, des Ministeriums des Innern und der Zollverwaltung der DDR mindestens vom 01.01.1995 an.

- Die Wiederherstellung einer den Verhältnissen in der Unfallversicherung vergleichbaren angemessenen Entschädigung für durch eine Dienstbeschädigung oder einen Arbeitsunfall erlittenen Körper- und Gesundheitsschäden.

Wir erwarten ferner:

- Die Gleichstellung der Bestandschutzregelung für Neurentner der Zusatz- und Sonderversorgungssysteme mit der für Neurentner der Sozialversicherung bis zum 31.12.1996.

Zitat des Monats:

Wir halten es für unerträglich, über eine Beschneidung der Renten politische und strafrechtliche Fragen ins Rentenrecht hineinzuziehen. Wenn sich jemand etwas hat zuschulden kommen lassen, muß das strafrechtlich geregelt werden.

*Rudolf Scharping
(Aus „Berliner Zeitung“ vom 21.10.94)*

- Die Dynamisierung der Zahlbeträge nicht überführter Leistungen (Invalidenrente wegen Erreichen besonderer Altersgrenzen, befristete erweiterte Versorgung und Vorruhestandsgeld nach den Grundsatzentscheidungen zu den Versorgungs-

ordnungen) in voller Höhe des Anpassungsfaktors der gesetzlichen Rentenversicherung unter Wegfall von Zahlbetragsbegrenzungen, mindestens vom 01.01.1995 an.

- Die Erstattung der von den Rentnern der Sonderversorgungssysteme im Jahre 1991 geleisteten Beiträge zur Krankenversicherung zur Gleichstellung mit den Rentnern aus der Sozialversicherung.

- Die Regelung der Beitragszahlung zur Krankenversicherung für Bezieher von nichtüberführten Leistungen analog dem Arbeitsförderungsrecht.

Wir erklären:

ISOR e. V. ist bereit, mit sachkundigen Vertretern an Konsultationen zur sachgerechten Änderung des RÜG/RÜG-ErgG teilzunehmen.

Die solidarische Unterstützung der Mitgliedschaft auf dem Rechtsweg wird fortauern, bis eine den Maßgaben des Einigungsvertrages entsprechende gesetzliche Neuregelung verwirklicht sein wird."

Zu neuen Mitgliedern des Vorstands wurden gewählt:

Prof. Dr. Willi Hellmann, Berlin,
Prof. Dr. Werner Wunderlich, Berlin,
Dr. Dietrich Richter, Stralsund,
Dr. Reinhard Schuster, Berlin und
Hans Luleich, Halle

Über den Verlauf der außerordentlichen Vertreterversammlung berichten wir in der nächsten Ausgabe von ISOR aktuell.

Öffentlichkeitskonferenz von ISOR

Nachfolgend veröffentlichen wir weitere Auszüge aus der Diskussion

Prof. Dr. med. Karlheinz Kelch:

Eine Begegnung mit ISOR ist für mich wie Balsam auf eine gequälte Seele; es wird sicherlich vielen von Euch so gehen, ob im Gespräch mit Mitgliedern, bei Treffen auf Versammlungen oder beim Lesen unserer monatlichen Mitteilungen. Immer festigt sich mein Selbstwertgefühl und die Überzeugung, nicht allein, sondern in solidarischer

Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit fordernd einzutreten.

Die „demokratische“ Rechtsprechung haben viele von uns in ablehnenden Urteilen der Sozialgerichte erfahren, spürten aber zugleich den hilfreichen Einsatz von unseren ISOR-Juristen und auch von engagierten Anwälten und Rechtswissenschaftlern aus den alten Bundesländern.

Einen langen Weg haben wir bereits zurückgelegt, einen weiten dornigen Weg müssen wir noch gehen; er ist die einzige Chance, späte Gerechtigkeit zu erfahren und damit einen außerordentlich wichtigen Schritt für

die innere Einheit unseres Volkes und den sozialen Frieden in Deutschland zu tun.

Leider hören wir immer wieder Aufrufe von Politikern, Publizisten und Vertretern der sogenannten öffentlichen Meinung, nun endlich Vorurteile abzubauen, die Ärmel hochzukrempeln, anzupacken und gemeinsam die Einheit zu praktizieren. Von "teilen" ist die Rede, und dann ein Rentenüberleitungsgesetz von Herrn Blüm.

Dieser Bundesminister spricht von Willkür, wenn er das Rentenrecht der DDR verurteilt. Da darf es ihn nicht

wundern, wenn wir das uns aufgezogene Rentensystem als reale Willkür betrachten. Wir haben auch nicht vergessen, wie die BRD-Regierung namhafte und unzählige Allnazis rentenrechtlich versorgte und ihre allen Ansprüche nach 1945 in vollem Umfang realisierte

Was wir wollen, ist die umfassende Anwendung demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien unter Wahrung des Grundgesetzes und die Achtung der Menschenwürde ehemaliger DDR-Bürger - auch die der Angehörigen der Schutz- und Sicherheitsorgane. Auch wir sind deutsche Staatsbürger, die bereit sind, die freiheitliche Grundordnung zu achten, immer im Interesse ihrer Bürger. Aber warum geht man mit uns so um? Warum werden wir diskriminiert, gedemütigt und ausgegrenzt?

Wir Soldaten, Wachtmeister, Zöllner und Offiziere waren dem Fahneid eines souveränen Staates verpflichtet. Bis auf wenige Ausnahmen haben wir uneingeschränkt dem Frieden in Europa, der Humanität und einer hohen öffentlichen Ordnung und Sicherheit gedient. Die große Mehrheit der Bevölkerung erinnert sich heute noch

dankbar an diese beispielhaften Leistungen.

Wir haben von der Bundesregierung einen ehrenvollen Umgang mit dem ehemaligen Gegner erwartet, der die Waffen niedergelegt hat und die umfassende Bereitschaft hat erkennen lassen, an der Neugestaltung des Landes ohne Wenn und Aber mitzuarbeiten. Die Erniedrigung des größten Teils der ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe der DDR, die Leugnung ihrer Leistungen für die Bevölkerung und die moralische Entwertung ihres militärischen oder sonstigen Status, das tut dem Rechtsstaat nicht gut, der sich mit Hilfe eines Staatsvertrages mit dem anderen deutschen Staat friedlich vereinigt hat und in dem es keine Sieger und Besiegte geben sollte.

Ich wende mich mit meiner Mitgliedschaft in ISOR an die hochrangigen Politiker der BRD, auch an diejenigen, die nach der Bundestagswahl im Oktober die Entscheidungen zu treffen haben, die sie nicht nur das "Glück der späten Geburt", sondern auch das "Glück der besseren Heimat" hatten. Schaffen Sie dieses Unrecht beiseite und beweisen Sie sich als Repräsen-

tanten eines sozialen Rechtsstaates! So werden Sie auch unsere Loyalität für die BRD gewinnen!

Meine Hoffnung geht aber auch an die vielen tausend Mitglieder von ISOR. Zeigen wir Stärke und Entschlossenheit, gewinnen wir neue Mitglieder, nutzen wir alle legitimen Möglichkeiten, unsere Rechte einzuklagen, vertrauen wir unseren erfahrenen Vorstandsmitgliedern und unseren Juristen, geben wir uns nicht auf! Wehren wir uns, wir wollen gleichberechtigte und geachtete Mitglieder der neuen Gesellschaftsordnung sein!

Schließlich wollen wir uns bekennen zur Losung: Auch wir sind das Volk, wir sind ein Volk!

Wir schwelgen nicht in DDR-Nostalgie, doch wir erinnern uns an Jahrzehnte von Arbeit und Leistung, an Lehr- und Studienjahre, an Familienfeste, an Kultur- und Ferienerlebnisse sowie an zahllose freundschaftliche Kontakte mit Arbeitskollegen. Wir sind heute noch lernfähig und bereit, uns in die neue Gesellschaft zu integrieren - aber nicht als Bürger zweiter Klasse!

Jesuitisches

Wir berichteten bereits über die Argumentation, mit der seitens der CDU/CSU-Fraktion für das Rentenstrafrecht gestritten wird. Ihr erinnert Euch - mit Rentenkürzung ist „kein persönlicher Schuldvorwurf verbunden. Maßgebend war eine typisierende Betrachtung der beruflichen Tätigkeit auf der Grundlage der ihr regelmäßig beizumessenden Bedeutung für die Aufrechterhaltung des politischen Systems der ehemaligen DDR.“

Der oberste vatikanische Dogmenhüter Kardinal Ratzinger schrieb zu Eheproblemen: „Wenn Geschiedene zivil wieder verheiratet sind, befinden sie sich in einer Situation, die dem Gesetz Gottes objektiv widerspricht. Dann dürfen sie, solange diese Situation andauert, nicht die Kommunion (das Abendmahl [H.Sp.]) empfangen. Diese Norm hat nicht den Charakter einer Strafe oder irgendeiner Diskriminierung.“

Nicht wahr, eine verblüffende Ähnlichkeit der Argumentation?

Übrigens, vielleicht ist es den Berlinern aufgefallen, daß die „Berliner Zeitung“ den Begriff Rentenstrafrecht stets in Anführungszeichen setzt.

H Sp

In eigener Sache

(Aus dem Diskussionsbeitrag der Redaktion „ISOR aktuell“)

Wir glauben, daß unser Mitteilungsblatt im Vereinsleben eine bestimmte Rolle als Informator und auch als Organisator spielt. Nun gibt es unterschiedliche Auffassungen zur Erscheinungsweise unseres Blattes. Manche meinen, wir sollten umfangreicher informieren. Wir könnten das, Material ist genug da. Wir sind jeden Monat in einer Zwangslage, was bringen wir, was bringen wir nicht. Aber wir müssen auch die Kosten beachten. Wir können aus drucktechnischen Gründen entweder mit 4 oder mit 8 Seiten herauskommen. Aber 8 Seiten kosten doppelt soviel. Die Redaktion arbeitet ehrenamtlich. Die Zeitung wird bei uns fertiggestellt bis zur drucktechnischen Vorlage, das spart erhebliche Kosten.

Aber die Kosten für Druck und Versand fallen trotzdem an. Wir begrüßen deshalb den Brauch vieler Mitglieder, bei der halbjährlichen Kassierung die 18 DM auf 20 DM aufzurunden. Damit können die Druckkosten im wesentlichen gedeckt werden.

Manche sagen allerdings auch, eine monatliche Erscheinungsweise sei zu häufig, weil der Aufwand für den Vertrieb zu groß sei. Wir wissen, es gibt da Kassierer, die ziemlich große Gruppen zu kassieren haben. Das kostet Kraft. Wir sind unseren Kassierern dankbar, daß sie diese Kraft aufbringen. Aber kann man da nicht organisatorische Lösungen finden, indem man die Verteilung des Informationsblattes auf breitere Schultern verteilt? Ich verweise an dieser Stelle auf das Angebot der Geschäftsstelle, den Versand weiter zu dezentralisieren. Wir gehen davon aus, daß für viele TIG

das monatliche Erscheinen der Zeitung die einzige Verbindung zu den Mitgliedern, die einzige Möglichkeit ist, sie aktuell und gründlich zu informieren.

Die Redaktion glaubt auch, daß das Blättchen noch stärker zur Mitgliederwerbung genutzt werden kann. Wir sollten auch nach wie vor unsere Werbenummer nutzen, sie kann noch in der Geschäftsstelle nachbestellt werden. Und wir sollten auch das neu erschiene Fallblatt benutzen, in dem kurz und knapp Aufgaben, Anliegen und Tätigkeitsfelder von ISOR erläutert werden. Auch sollten die Möglichkeiten öffentlicher Veranstaltungen genutzt werden, um diese Materialien unter die Leute zu bringen. Wir haben auch die Broschüre von Prof. Azzola. Neuen Mitgliedern sollte sie auf alle Fälle zum Kauf angeboten werden.

Die Redaktion von „ISOR aktuell“ verspricht den Mitgliedern alles zu tun, um noch aktueller über die Ergebnisse unseres Kampfes zu berichten, Erfahrungen zu vermitteln, unser Vereinsleben zu fördern. Das hängt natürlich nicht allein von der Redaktion ab, sondern auch davon, was uns aus den TIG zugesandt wird. Es gibt einige TIG, die regelmäßig berichten. Das ist das Brot, von dem wir leben. Und es sind noch viel zu wenige, die über ihre Erfahrungen, über ihre Darstellung in der Öffentlichkeit, über ihre Initiativen informieren.

Wir können nicht garantieren, daß jede Zuschrift im Wortlaut oder selbst gekürzt veröffentlicht wird. Aber wir können garantieren, daß Eure Erfahrungen und Hinweise in die Berichterstattung einfließen werden. Und zugleich ist die Redaktion auch interessiert, aus den Kreisen der Mitglieder, aus den TIG Vorschläge zu erhalten, was wir besser machen können, wo stärkere Information gewünscht wird, was an der Gestaltung geändert werden könnte, welche Rubriken neu aufgenommen werden müßten.

Presseecho

In einem Presseartikel für die Zeitschrift „Politische Berichte“, erschienen am 6.10.94 in der Nr. 20, setzte sich das ISOR-Mitglied Rudolf Nitsche mit der Behauptung von Norbert Blüm auseinander, daß die ostdeutschen Rentner die ersten Gewinner der deutschen Einheit seien. Anhand von Fakten weist der Verfasser nach, daß durch die Rentenpolitik der BRD in den neuen Bundesländern in Wirklichkeit Millionen Rentner benachteiligt werden. Es dürfe auch nicht verschwiegen werden, daß Ost-Rentner, bei denen sich die Rente schon verdoppelt habe, mit dieser eine 5 - 10-fache Steigerung an Mieten, Preisen, Tarifen und Gebühren bestreiten müssen.

Wie das „Neue Deutschland“ am 24.10.94 berichtete, fand am 22.10.94 in Berlin-Friedrichshagen die 2. Seniorenkonferenz von neun Berlin-Brandenburger Gewerkschaften statt. Im Mittelpunkt standen Überlegungen zur Novellierung des RÜG und zum Stellenwert der Senioren in den Einzelgewerkschaften und im DGB. Der von den Berlin-Brandenburger Gewerkschaftssenioren angeregte Antrag zur Korrektur des RÜG an den DGB-Kongreß wurde einstimmig angenommen. Dr. Fritz Rösel, Mitglied der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde, informierte die Konferenz über sein Gutachten, in dem

das RÜG als „nicht verfassungskonform“ bezeichnet wird. Das RÜG müsse von den Elementen des Strafrechts befreit werden, faßte Manfred Fischer von der Gewerkschaft der Eisenbahner die Forderungen der Konferenz zusammen.

Die „ddz“ (Zeitschrift der Zollbeamten) Nr. 7/8/94 gibt in einem Beitrag zum RÜG die Forderung des Deutschen Beamtenbundes (DBB) und des Bundes Deutscher Zöllner (BDZ) wieder, daß weitere Korrekturen am RÜG nicht auf die lange Bank geschoben werden dürften. Die generelle Unterstellung einer gewissen „Staats- und Systemnähe“ gegenüber zahlreichen Rentnern stehe nach Feststellung des DBB ganz offenkundig im Widerspruch zu elementaren Grundsätzen des Rentenrechts und sei von daher auch verfassungsrechtlich äußerst bedenklich. Da es sich bei dem betroffenen Personenkreis überwiegend um lebensältere Menschen handelt, dürfe nach Auffassung des DBB nicht auf eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes gewartet werden, vielmehr müsse der Gesetzgeber jetzt handeln.

TIG in Kürze

Im Namen der Mitglieder der TIG Quedlinburg wandte sich der Vorsitzende Heinz Tischner anlässlich des 4. Jahrestages der deutschen Einheit in einem Schreiben an den Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt, Herrn Dr. Höppner (SPD). Darin wird an das Sofortprogramm „Arbeit und Gerechtigkeit“ des SPD-Landesparteitages erinnert, in dem es unter Punkt 2 u. a. heißt: „Gleiche Kriterien bei der Anerkennung der Rente - Sozialrecht ist kein Strafrecht“, und um Auskünfte über entsprechende Aktivitäten ersucht. Der Ministerpräsident wurde zu einem Besuch eingeladen, um sich „ein Bild darüber zu machen, wie ... das Rentenstrafrecht bei unseren Mitgliedern wirkt“ ... Und weiter: „Wir treten dafür ein, daß ehemalige Angehörige der bewaffneten Organe der DDR, wenn sie sich gegen Recht und Gesetz vergangen haben, bestraft werden, das setzt aber die Einzelfallprüfung voraus. Es kann kein Recht sein, alle ehemaligen Angehörigen kollektiv zu bestrafen, sie aus der Gesellschaft auszugrenzen und ständig zu diskriminieren und zu kriminalisieren.“

Die Unterstützung der ISOR-Aktivitäten durch detaillierte Beiträge in „ISOR aktuell“ heben mehrere TIG-Vorstände in Zuschriften hervor. So teilte die TIG Hildburghausen mit,

daß der Artikel zur Krankenversicherung eine gute Hilfe für das Auftreten von ISOR-Vertretern bei Veranstaltungen der Versicherungsträger war.

Die TIG Templin informierte, daß zunehmend mehr Mitglieder und auch Nichtmitglieder bei ISOR Unterstützung bei der Prüfung ihrer Rentenbescheide und der Vorbereitung erforderlicher Widersprüche suchen und auch finden. ISOR aktuell helfe bei der verstärkten Mitgliederwerbung.

Rund 350 Teilnehmer zählte eine von der TIG Schmalkalden/Bad Salzungen gemeinsam mit der Kameradschaft „Ehemaliger“ des DBwV durchgeführte öffentliche Veranstaltung, über die wir aus Platzgründen in der nächsten Ausgabe berichten.

Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder

Alfred Bartels, Salzwedel,
Gerhard Dahm, Stadtroda,
Heinrich Jander, Greifswald,
Richard Jüngling, Jena,
Werner Kießling, Apolda,
Horst Kühn, Potsdam,
Kurt Lehmann, Stralsund,
Gerhard Maaß, Angermünde,
Rudolf Müller, Zwickau,
Karl-Heinz Rockmann, Stralsund,
Günter Ratkowski, Neustrelitz,
Dr. Horst Schock, Berlin-Marzahn,
Manfred Schwietzke, Chemnitz,
Karl Seidl, Klingenthal,
Ulrich Siebert, Borgsdorf,
Günter Voigt, Frankfurt/Oder,
Heinz Weber, Frankfurt/Oder,
Otto Wernicke, Mixdorf,
Hubert Wistuba, Schwedt.

Ehre ihrem Andenken.

HERAUSGEBER:

Vorstand der Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR e.V.

Bankverbindung:
Berliner Sparkasse
Konto-Nr.: 171 302 0056
Bankleitzahl: 100 500 00

Geschäftsstelle der ISOR e.V.:
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin
Telefon: (030) 58 31 43 15
Fax: (030) 58 31 43 16
Postanschrift: ISOR e.V.
Postfach 0423
10324 Berlin

Sprechstunden:
Dienstag 10 bis 12 Uhr
Mittwoch 9 bis 13 Uhr
Donnerstag 16 bis 19 Uhr

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.